

Ordentlicher Beschluss der Bundesarbeitsgemeinschaft Migration und Flucht am 10. Oktober 2015 in Berlin

Die BAG Migration und Flucht spricht sich gegen den politischen Kompromiss des BundLänder-Flüchtlingsgipfels vom 24. September 2015 aus. Uns ist die gesamtgesellschaftliche Herausforderung für unser Land im Zuge historisch hoher Flüchtlingszahlen bewusst. Dennoch kommen wir zu der Einschätzung, dass der Kompromiss in wesentlichen Punkten die menschenrechtsbasierte Flüchtlingspolitik von Bündnis 90/Die Grünen konterkariert. Er konterkariert damit auch den von uns angestrebten Paradigmenwechsel in der Flüchtlingspolitik, wie er etwa in verschiedenen Koalitionsverträgen auf Länderebene angelegt ist.

Das von der Bundesregierung nun beschlossene „Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz“ enthält über den Beschluss hinausgehende Verschärfungen. In der operativen Umsetzung sind weitere Verschärfungen zu erwarten. Daran wird deutlich, dass es sich mitnichten um Symbolpolitik handelt, die zugunsten finanzieller Zusagen des Bundes an die Länder und Kommunen hingenommen werden muss. Anzuerkennen ist, dass der Bund in eine dynamische finanzielle Unterstützung einsteigt, die zu einer überfälligen Entlastung der Länder und Kommunen beiträgt. Das vorliegende Gesetzespaket wird diesen Anforderungen nicht gerecht und hilft nicht dabei, die strukturellen Probleme des deutschen Asylsystems wirksam anzugehen. Vielmehr verschärft sie die Situation für Geflüchtete, befördert zusätzliche Ausgrenzung und sorgt für eine Unterteilung in Flüchtlinge erster und zweiter Klasse. Viele Geflüchtete werden mit hoher Wahrscheinlichkeit bleiben. Die Verschärfungen verhindern die zügige, gesellschaftliche Integration.

Die BAG Migration und Flucht kritisiert insbesondere:

- Wir lehnen die Ausweitung der sogenannten „**sicheren Herkunftsstaaten**“ ab, da das zugrunde liegende Konzept das Menschenrecht auf ein individuelles und faires Asylverfahren verletzt. Vor dem Hintergrund der bereits verhältnismäßig kurzen Verfahrensdauer für diesen Personenkreis trägt dies zudem nicht zu einer effektiven Entlastung des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge bei. Mit der Einstufung als „sichere Herkunftsstaaten“ gehen gravierende Einschränkungen der Rechte dieses Personenkreises einher.
- Die vorgesehenen **Leistungskürzungen** sind – gemessen an der bisherigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts – sehr wahrscheinlich verfassungswidrig. •
- Eine zwangsweise **Unterbringung von Geflüchteten in Erstaufnahmeeinrichtungen** für bis zu 6 Monate verhindert eine möglichst schnelle Integration und verschärft die prekären Zustände in den Erstaufnahmeeinrichtungen. Wir lehnen ab, dass Personen aus sogenannten sicheren Herkunftsstaaten bis zum Ende ihres Asylverfahrens in Erstaufnahmeeinrichtungen verbleiben müssen.
- Eine Wiedereinführung des **Sachleistungsprinzips** in Erstaufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünften ist für die Betroffenen unwürdig und stigmatisiert sie zusätzlich. Zudem entsteht dadurch weiterer mehr bürokratischer Aufwand.

- Es fehlt eine Einführung der bereits zugesagten bundesweit einheitlichen **Gesundheitskarte**. Die Einführung bleibt den Ländern überlassen, die Gesundheitskarte deckt nur Leistungen gemäß Asylbewerberleistungsgesetz ab. Daraus ergibt sich ein weiterer bürokratischer Mehraufwand für Kommunen.
- Die getroffenen Regelungen für den **Arbeitsmarktzugang** für Menschen aus Westbalkanstaaten sind unzureichend, das dauerhafte Arbeitsverbot für Geflüchtete aus den Westbalkanstaaten verschärft zudem die Stimmung gegen diese Personengruppe.

Stattdessen fordern wir:

- Für eine gesteuerte Flüchtlingsaufnahme und eine wirksame Entlastung des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge benötigen wir eine Kontingentregelung für Flüchtlinge aus Kriegs- und Krisengebieten wie Syrien und Afghanistan. Die Ausweitung und Verlängerung der humanitären Aufnahmeprogramme sowie des Resettlement und eine Erleichterung der Familienzusammenführung sind weitere geeignete Instrumente für eine Steuerung.
- Der neu eingerichtete Bund-Länder-Koordinierungsstab Asyl muss ein einheitliches Aufnahmemanagement zur Unterstützung der Länder und Kommunen sicherstellen.
- Für einen verbesserten Zugang Geflüchteter in den Arbeitsmarkt sollen bereits in allen Erstaufnahmeeinrichtungen ihre Potenziale erhoben werden.
- Einführung eines Kontingent und die Anerkennung von Mehrfachdiskriminierungen für Roma, wie es auch der BDK-Beschluss vom 21. November 2014 „Aus Verantwortung vor der Geschichte humanitären Zuzug von Roma aus Balkanstaaten ermöglichen“ fordert.
- Die Kommunen und Länder sind auf die breite Solidarität und das große Engagement der Bevölkerung bei der Aufnahme und Integration von Geflüchteten vor Ort angewiesen. Um diese Solidarität zu verstetigen und die großen gesellschaftlichen Aufgaben anzugehen, schließen wir uns den Forderungen der kommunalen Spitzenverbände nach hauptamtlicher Unterstützung bei der Koordination ehrenamtlichen Engagements und der Qualifizierung Ehrenamtlicher an. Konzeptionen zur Förderung ehrenamtlicher Flüchtlingshilfe wie es sie in verschiedenen Bundesländern in Ansätzen bereits gibt, müssen bundesweit ausgeweitet werden. Eine Anrechnung des Engagements auf Wartezeiten bei Ausbildung wäre dazu eine erste geeignete Maßnahme.
- Wir benötigen ein Einwanderungsgesetz, das konkrete Wege für die Arbeitsmigration aus Drittstaaten sowie einen Spurwechsel von asyl- in andere aufenthaltsrechtliche Verfahren ermöglicht.

Alle relevanten zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteure in der Flüchtlingsarbeit lehnen diese Asylrechtsverschärfungen ab. Mit der Zustimmung zu diesem Gesamtpaket schwächen wir unsere zukünftige Verhandlungsposition.

Vor diesem Hintergrund fordern wir den Bundesvorstand, die grünen Landesvorstände und die grünen Landtagsfraktionen auf, sich dafür einzusetzen, dass grün-mitregierte Länder diesem Asylrechtskompromiss im Bundesrat nicht zustimmen.

Der Beschluss wurde einstimmig gefasst.